

# Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

[www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de](http://www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de)

Ausgabe Dezember 2021

**Hinweis:** Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

**Einladung:** Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: [info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de](mailto:info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de) (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

## Inhalt dieser Ausgabe

- [Editorial](#)
- [Kindeswohlgefährdung von Amts wegen](#)
- [Eliane Perret: Beginnt die Freiheit beim Gamen?](#)
- [W. Putin: Geschlechtswechsel: "Ein Verbrechen gegen die Menschheit"](#)
- [Im Schatten der Macht kann man kriminell sein](#)
- [Paul Schreyer: Der diskrete Charme des Kapitals](#)
- [Thilo Bode: Die Diktatur der Konzerne](#)
- [Mikrosteuer – eine Initiative gegen Systemrisiken des Finanzkasinos](#)
- [Misanthropische Banker hinter COP26 und Green New Deal](#)
- [Die EU-Kommission bläst zum Angriff auf Gazprom](#)
- [Zur aktuellen Situation und Politik von Belarus](#)
- [Keine Anschaffung von Kampfdrohnen!](#)
- [Der US-Imperialismus wird sich kaum ändern](#)
- [20 Jahre NATO-Krieg in Afghanistan – eine Bilanz](#)
- [Lasst uns endgültig aus der NATO austreten!](#)
- [Polnisches Gericht stellt Vorrang der EU-Verträge in Frage](#)
- ["Gesunde Krankenhäuser für NRW – für ALLE!"](#)
- [Nachrufe auf Rolf Verleger](#)
- [Guten Tag, wie geht es Dir?](#)

**Zitat des Monats** von [Julian Assange](#):

**Wenn Kriege mit Lügen angezettelt werden,  
müssen sie mit der Wahrheit gestoppt werden.**

*In diesem Sinne wünscht die Redaktion:*

*Ein frohes Weihnachtsfest und ein friedliches 2022.*

## Editorial

Die Nutzung von **digitalen Medien im Kindesalter** ist ein falscher Weg, wie das 'Bündnis für humane Bildung' im ersten Beitrag aufzeigt. Eliane Perret vertieft diesen Blick am Beispiel eines falsch verstandenen Freiheitsbegriffes im Zusammenhang mit dem **Gamen**. Zu welchen Entgleisungen **falsch verstandene Kinderrechte** führen können, beleuchtet Wladimir Putin bzgl. Geschlechtswechsel.

Der Schwerpunkt **Machtmissbrauch** wird von Fabio de Masi unter anderem am Beispiel des neuen Kanzlers Scholz aufgezeigt, was von Paul Schreyer im weiteren noch vertieft wird. Thilo Bode weitet das Thema dann aus durch einen Blick auf die **Macht der großen Konzerne**. Marc Chesney wirft einen Blick auf die leider gescheiterte Initiative in der Schweiz zur Einführung einer **Mikrosteuer**. Wie eng die Macht der Banken mit dem **Propaganda-Narrativ** des Klimaschutzes verbunden ist, erläutert Matthew Ehret. Da rundet sich ein Bild, wenn man die Haltung der EU-Kommission gegenüber **Gazprom** und auch **Belarus** zusammensieht. Auch die neue Bundesregierung fügt sich durch ihre **Aufrüstungspolitik** (u.a. Kampfdrohnen) nahtlos in diese Kampagne ein, die Noam Chomsky in die Tradition des **US-Imperialismus** einordnet. An die Verantwortungslosigkeit dieser Politik wird von der Friedensbewegung am Beispiel des **Afghanistankrieges** erinnert. In Frankreich fordert eine Initiative den **Austritt aus der NATO**, um die nationale und **demokratische Souveränität** zu sichern. Diese wird auch von der EU zunehmend in Frage gestellt, was auch am Beispiel der Auseinandersetzung um das polnische Gerichtswesen deutlich wird.

Eine positive Initiative ist die Unterschriftensammlung für ein besseres Krankenhauswesen. Auch wir möchten an den verstorbenen **Rolf Verleger** erinnern, einem Streiter für Nächstenliebe und Völkerverständigung. Und wir zeigen an einem schönen Beispiel auf, wie **Nächstenliebe "im Kleinen"** wiederbelebt und praktiziert werden kann.

[Inhalt](#) ↑

- Bündnis für humane Bildung: **Kindeswohlgefährdung von Amts wegen**

Am 13.08.2021 berichtete die 'Stuttgarter Zeitung', dass im Rahmen einer "digitalen Lernoffensive" 84 Kitas mit Tablets ausgestattet wurden. Auf Rückfrage nach den zugrunde liegenden pädagogischen Konzepten, pädagogisch zertifizierter Software und Schulungen der Erzieherinnen und Erzieher hat das Jugendamt ausführlich mit den üblichen Textbausteinen geantwortet, die sonst IT-Anbieter und digitalaffine Medienpädagogen seit mehr als dreißig Jahren wiederholen.

Da diese Argumentation bundesweit zum Einsatz kommt, [widerlegt das 'Bündnis für humane Bildung' die Argumentation in einem Offenen Brief an das Jugendamt und die zuständigen Bürgermeister](#). Darin wird eine Erziehung ohne digitale Endgeräte gefordert. "Die frühe Gewöhnung an Bildschirmmedien verhindert die altersgemäße sensomotorische und psychische Entwicklung, unterläuft den natürlichen Bewegungsdrang und verhindert damit die körperlichen, geistigen und seelischen Entwicklungsmöglichkeiten von kleinen Kindern. Um es in aller Deutlichkeit zu sagen: Frühdigitalisierung gefährdet das Kindeswohl."

Bei seiner Argumentation habe das Jugendamt die UN-Kinderrechtskonvention sinnentstellend zitiert, denn dort werde nicht die Nutzung von digitalen Medien, sondern das Kindeswohl in den Mittelpunkt gestellt. Auch eine Argumentation mit Chancengleichheit sei falsch, da alle

diesbezüglichen Studien "belegen, dass Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Schichten durch den Einsatz von digitalen Medien am stärksten leiden und die soziale Schere dadurch konsequent weiter aufgeht." Das Bündnis erinnert daran, dass Medien und Medientechnik immer nur Mittel zum Zweck sind, um Lernprozesse zu initiieren. "Wir müssen uns lösen aus der Abhängigkeit der IT-Monopole und zurückfinden zu Autonomie und Selbstverantwortung im Einsatz von IT-Systemen."

Die Kernaufgabe von Schule und Unterricht sei "Persönlichkeitsentwicklung, Mündigkeit, Förderung von Gemeinschaftssinn, Selbstverantwortung, Partizipation an der Demokratie u.v.m.. Dafür brauchen wir vor allem Präsenzunterricht, Bindung und Vertrauen, Dialog und Diskurs – und ab und an auch Medientechnik."

Das "[Bündnis für humane Bildung – aufwach\(s\)en mit digitalen Medien](#)" setzt sich dafür ein, alle Kinder und Jugendlichen in den Schulen persönlich unterrichtet und betreut werden, unabhängig von Sozialstatus und Finanzkraft der Eltern. Das Bündnis sieht alle Versuche der Automatisierung und Standardisierung von Unterricht und Lernprozessen als gescheitert an. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

#### • Eliane Perret: **Beginnt die Freiheit beim Gamen?**

Der zunehmende Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen gibt immer wieder Anlass zu Diskussionen. Als die Volksrepublik China Ende August 2021 neue Regelungen bekanntgab, mit denen sie ihre heranwachsende Generation schützen will, erschienen viele Presseberichte, in denen dieses Vorgehen kritisiert wurde. Für Eliane Perret, Heilpädagogin und Psychologin "wäre es aber an der Zeit, sich ernsthaft dieser Frage zu stellen". Daher legt sie uns die Fakten und Probleme dar und stellt als Fazit fest: "Wäre es nicht an der Zeit zu überdenken, was wir unseren Kindern und Jugendlichen als "geistige Nahrung" zur Verfügung stellen (oder auch zumuten)? Sich weltweit zu verbinden, den Bemühungen anderer Länder mit Respekt zu begegnen, gegenseitige Erfahrungen auszuwerten und voneinander zu lernen?"

Vielleicht wären da die Überlegungen des Tien Haibo, eines chinesischen Online-Spielentwicklers, kein schlechter Ratgeber, der angesichts der neuen Regelungen meinte: 'Wer glaubt, dass ihm durch diese Politik Geschäftschancen verlorengehen oder dass sein Geschäftsmodell darunter leidet, produziert wahrscheinlich [Inhalte, die es verdienen, vom Markt genommen zu werden](#). Ein gesunder Gaming-Markt sollte solche Spiele gar nicht hervorbringen.' "

[Eliane Perret](#) ist Heilpädagogin und Psychologin. Bis 2020 war sie schulische Heilpädagogin und Schulleiterin einer Sonderpädagogischen Tagesschule für Kinder und Jugendliche mit Lern- und Verhaltensauffälligkeiten. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

#### • Wladimir Putin: **Putin über Recht von Kindern auf Geschlechtswechsel: "Ein Verbrechen gegen die Menschheit"**

In der Valdai-Konferenz erklärt Putin auch, dass [die Debatte um die Rechte von Frauen, Männern und Kindern in europäischen Ländern entgleist](#) sei, wenn es dort nicht gewagt werden dürfe, Männer und Frauen als biologische Tatsache zu erachten. Oder wenn Kinder über Kinderrechte zu einer Entscheidung gezwungen werden, sich für ein Geschlecht zu entscheiden, ohne sich mit Kinderpsychologen darüber zu beraten, ob ein Kind überhaupt in der Lage sei, solche Entscheidungen zu treffen. Putin erinnert daran, dass sowjetische Kulturträger schon in den 1920er Jahren versuchten, über einen Neusprech "ein neues Bewusstsein zu schaffen und die Werte der Menschen neu zu definieren." Russland verbietet seit 2013 "Propaganda für nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen unter Minderjährigen". – [Auch Thomas Röper berichtet](#) von der Valdai-Konferenz.

[Hier die komplette Rede](#) von Wladimir Putin im Valdai-Club am 21.10.2021.

[Wladimir Putin](#), Jg. 1952, ausgebildeter Jurist; von 1999 bis 2000 und von 2008 bis 2012 Ministerpräsident, von 2000 bis 2008 und seit 2012 Staatspräsident der Russischen Föderation. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Fabio de Masi, Petra Morsbach: **Im Schatten der Macht kann man kriminell sein**

Skandale wie der mit Wirecard kommen nach Ex-MdB Fabio de Masi so spät ans Tageslicht, weil "eine Armee von Politikern, Lobbyisten und PR-Leuten eingespannt [werden], um Bedenken zu zerstreuen". Der Wirecard-Vorstand Jan Marsalek habe gewusst, "dass er im Schatten der Macht kriminell sein kann". Auch Politiker, die schon vor der Aufdeckung Kontakt mit Wirecard hatten, wollten keine Öffentlichkeit. So hätten Bundestagsabgeordnete der großen Koalition nicht gewollt, dass Befragungen im Internet übertragen werden, da dadurch die Bundeskanzlerin oder Olaf Scholz düpiert worden wären. Im Untersuchungsausschuss habe nur ein Abgeordneter unbequeme Anträge gestellt.

Auch an der 'Bayerischen Akademie der Schönen Künste' hat de Masi erlebt, wie Funktionäre auf Kritik einzelner Mitglieder mit Rügen, Lügen und Beschimpfungen reagierten. Die Sucht nach positiver öffentlicher Aufmerksamkeit, und damit nach Macht, stellt für de Masi einen wesentlichen Grund für das Verhalten, für den Machtmissbrauch vieler Kollegen dar.

Das Bedürfnis, sich selbst zu schützen, habe ihm geholfen, sich selbst Transparenz zu verordnen. [Daher sollte es nach de Masi einen verpflichtenden Transparenzkodex geben](#), das könne helfen, die für Macht erforderliche Glaubwürdigkeit zu bewahren bzw. nicht einem Machtmissbrauch zu verfallen.

[Fabio de Masi](#), Jg. 1980, studierte Volkswirtschaftslehre; als linker Politiker von 2014-2017 im Europäischen Parlament, von 2017-2021 im Deutschen Bundestag; beschäftigt [aktuell](#) sich mit der Zukunft der Finanzmärkte im digitalen Zeitalter. (Red.)

[Petra Morsbach](#), Jg. 1956, studierte Theaterwissenschaft, Slawischen Philologie und Psychologie. Seit 1993 freie Autorin, die mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet wurde. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Paul Schreyer: **Der diskrete Charme des Kapitals**

Der 1958 geborene Olaf Scholz äußerte sich während seiner Zeit im Juso-Vorstand (1982-1988) antikapitalistisch und formulierte zusammen mit Co-Autoren, "dass Aufrüstung und Kriegsgefahr notwendige Begleiterscheinungen des Imperialismus sind und dass deshalb eine dauerhafte Friedenssicherung nur möglich ist, wenn das kapitalistische Gesellschaftssystem vom Sozialismus abgelöst wird". Den Grünen warf er damals "fehlende Einsicht ... in den Charakter von Klassenkämpfen" vor, sah diese "auf dem Weg ... hin zu einer nur liberal-bürgerlichen Partei". Für Paul Schreyer speiste sich Scholz' Denken erkennbar aus dem marxistisch geprägten Heidelberger Programm der SPD. Das von 1959 bis 1989 gültige Godesberger Programm war für Scholz gescheitert. Der zehn Jahre regierenden SPD warf er u.a. vor, "den nackten Machterhalt über jede inhaltlich bestimmte Auseinandersetzung mit Kapitalinteressen" gestellt zu haben. Nach Abwahl der sozial-liberalen Regierung "war es [noch nie] so zwingend für die Gesamtpartei, eine Debatte um die Orientierung, die langfristige Kursbestimmung der Sozialdemokratie zu führen. (...) Die Rechte in der SPD ist gescheitert".

Nach Schreyer [hat Scholz "die komplexen theoretischen Überlegungen, die direkt auf die Wurzeln der Sozialdemokratie zurückführen, einige Jahre später als simplen 'Irrtum' abgetan](#). Und seine politische Karriere nahm bald Fahrt auf. Der Jurist stieg 2001 zum Innensenator von Hamburg und zum Generalsekretär der SPD auf. 2004 bekam er einen Direktoriumsposten der

Londoner Denkfabrik Policy Network, die 1999 unter anderem von Bill Clinton, Tony Blair und Gerhard Schröder gegründet worden war. 2007 bis 2009 war Scholz Bundesarbeitsminister. 2009 wurde er stellvertretender SPD-Bundesvorsitzender und als solcher zur Bilderberger-Konferenz eingeladen. 2011 bis 2018 war Scholz Erster Bürgermeister von Hamburg, wo er Banken und deren Eigentümern in fragwürdiger Weise half. Ab 2018 führte er die SPD kommissarisch und wurde Bundfinanzminister und stellvertretender Bundeskanzler. Im Finanzministerium installierte er den Deutschlandchef von Goldman Sachs, Jörg Kukies, als Staatssekretär, zuständig für Finanzmarktregulierung. Mit ihm zusammen engagierte er sich für eine Fusion von 'Deutscher Bank' und Commerzbank. 2020 wurde er von der SPD zum Kanzlerkandidaten erkoren. Die anfangs chancenlose SPD steigerte ihren Wählerzuspruch erst ab Juli 2021 von 15% auf 26%, nachdem nach Schreyer "ein seltsamer Medienhype über einen angeblich 'würdelos lachenden Laschet' im Flutgebiet Ahrtal Mitte Juli" für Laschets Absturz auf 19% der Zweitstimmen sorgte. Das Ergebnis entspricht nach Schreyer der Erwartungshaltung von Scholz' Sympathisanten und Unterstützer aus dem internationalen Finanzsektor.

[Paul Schreyer, Jg. 1977](#), Autor ("*Wir sind die Guten, Ansichten eines Putinverstehers*"; "[Wer regiert das Geld?](#)") und freier Journalist, u.a. für die Online-Portale 'Telepolis', 'NachDenkSeiten' und 'Global Research'; Mitherausgeber des [online-Magazins 'multipolar'](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

#### • Thilo Bode: **Die Diktatur der Konzerne**

Internationale Konzerne zahlen keine Steuern, schädigen die Umwelt, verstoßen gegen Menschenrechte und diktieren den Politikern die Gesetzesvorlagen. In seinem neuen Buch "[Die Diktatur der Konzerne. Wie globale Unternehmen uns schaden und die Demokratie zerstören](#)" zeigt Thilo Bode erstmals das ganze Bild dieser neuen Diktatur der Konzerne, in deren Würgegriff wir Bürger immer stärker geraten. Anhand zahlreicher Beispiele erklärt Bode anschaulich die Zusammenhänge und stellt klar: Die Macht der Konzerne lässt sich brechen – wir können unsere Souveränität zurückerobern! – [Eine Rezension](#).

[Thilo Bode](#), Jg. 1947, studierte Soziologie und Volkswirtschaft, wurde 1989 Geschäftsführer von 'Greenpeace Deutschland', 1995 von 'Greenpeace International'. 2002 gründete er die Verbraucherrechtsorganisation Foodwatch, die er heute leitet. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

#### • Marc Chesney: **Mikrosteuer – eine Initiative gegen Systemrisiken des Finanzkasinos**

Marc Chesney, Autor des Buchs "Die permanente Krise. Der Aufstieg der Finanzoligarchie und das Versagen der Demokratie", ist überzeugt, dass Steuerflucht verhindert werden könnte, "wenn die Mitgliedsländer der OECD es wirklich wollten". Sie müssten nur jegliche Finanztransaktionen mit Steuerparadiesen verbieten. Stattdessen haben aber Politiker wie der Präsident der EU-Kommission die Steuerflucht gefördert (LuxLeaks). Dadurch entgehen den Staaten Milliarden an Steuereinnahmen, Jahr für Jahr. Der große Umfang solcher Finanztransaktionen sei im Vergleich zu den Steuern, die die meisten Haushalte und KMU (kleine und mittlere Unternehmen) zu zahlen hätten, zu gering besteuert. "Im Zeitalter der Digitalisierung die Arbeit so stark zu besteuern, ist kontraproduktiv. Das Steuersystem ist archaisch, ungerecht und von überwältigender Komplexität."

[Chesney schlägt daher vor, eine Steuer auf sämtlichen elektronischen Zahlungen einzuführen](#). Solch eine Transaktionssteuer "wäre [...] für die meisten derzeit überschuldeten Staaten eine höchst willkommene Einnahmequelle". Eine Steuer von nur schon 0,2 % auf jede elektronische Transaktion hätte z.B. der Schweiz 2017 ca. 200 Mrd. Schweizer Franken eingebracht, also fast ein Drittel des Schweizer Bruttoinlandproduktes. Allerdings müsse davon ausgegangen werden, dass eine Transaktionssteuer die anderen Steuern nicht überflüssig machen werde, da durch die, wenn auch geringe Belastung der einzelnen Transaktionen, diese zurückgehen würden. Neben

diesen positiven Effekten des Rückgangs von Transaktionen, dem Gewinn einer weiteren Steuerquelle für den Staat und der damit verbundenen Möglichkeit, Steuersenkungen zu ermöglichen, würde sich nach Chesney auch die Wirtschaft der Länder stabilisieren.

In der Schweiz hat die Initiative für eine "Mikrosteuer auf dem bargeldlosen Zahlungsverkehr" innerhalb von 18 Monaten [nicht die geforderten 100'000 Unterschriften zusammen bekommen](#). Die Idee der Initianten, die von keiner politischen Partei unterstützt wurde, war radikal: Die [Mikrosteuer](#) sollte die Bundessteuer, die Mehrwertsteuer und auch die Stempelsteuer ersetzen.

[Marc Chesney](#), Jg. 1959, Wirtschaftswissenschaftler; seit 2003 'Professor of Quantitative Finance' an der Universität Zürich, sein Institut ist [mit dem Finanzplatz Zürich eng verbunden](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

#### • Matthew Ehret: **Die misanthropischen Banker hinter COP26 und dem Green New Deal**

Matthew Ehret ([OffGuardian](#)) ist überzeugt, dass ein weitreichender Wandel hin zu einer "grünen Wirtschaft" von Kräften wie Greta Thunberg, Jasmie Margolin mit den Bewegungen wie 'Extinction Rebellion', 'This is Zero Hour' und 'Sunrise Movement' vorangetrieben wird. Dabei wird übersehen, dass eine Dekarbonisierung genau die Kräfte stärkt, die die Welt im letzten halben Jahrhundert verwüstet haben. Diese Kräfte verdienen ihr Geld mit "grünen Finanzinstrumenten" für sehr fragliche Projekte und Technologien.

Ehret erinnert an das 1990 vom 'Club of Rome' formulierte und von dessen Oligarchen vorgestellte Ziel: "Auf der Suche nach einem neuen Feind, der uns vereint, kamen wir auf die Idee, dass Umweltverschmutzung, die drohende globale Erwärmung, Wasserknappheit, Hungersnöte und ähnliches dazu geeignet wären ... All diese Gefahren werden durch menschliches Handeln verursacht, und sie können nur durch veränderte Einstellungen und Verhaltensweisen überwunden werden. Der wahre Feind ist also die Menschheit selbst."

Um dieses Ziel zu verfolgen, wird nach Ehret das Erbe es wissenschaftlichen und technologischen Fortschritts, der im 15. Jahrhundert aus einem dunklen Zeitalter in eine Renaissance führte, angegriffen. Dieser Fortschritt habe zur modernen industriellen Wirtschaft geführt, deren Geburtsstunde mit dem größten Bevölkerungsanstieg der Geschichte zusammenfiel. Dieser exponentielle Anstieg sei von den Malthusianern jahrhundertlang als Beweis dafür angeführt worden, dass die Menschheit "nur ein weiteres Krebsgeschwür" auf der "Reinheit von Mutter Gaia" sei.

Ehret stellt nicht in Frage, dass "sich die Welt in den letzten Jahrzehnten in einen Konsumkult verwandelt [hat], der [langfristiges Denken dem kurzfristigen Gewinn geopfert](#) hat, und natürlich brauchen wir eine Neuordnung des Systems". Aber nicht im Sinne des 'Club of Rome' oder des New Yorker 'Council on Foreign Relations', sondern es gehe um eine längst überfällige Neuregulierung der "too-big-to-fail"-Banken.

[Inhalt](#) ↑

#### • Thomas Röper: **Die EU-Kommission bläst zum Angriff auf Gazprom**

Die EU-Kartellbehörde hat damit begonnen, Material über den möglichen Einfluss des russischen Unternehmens auf den Anstieg der Gaspreise in der EU zu sammeln. Ziel ist es, Gazprom im Rahmen einer Anti-Monopol-Untersuchung mit einer Geldstrafe von 10% des Jahresumsatzes (ca. 85,5 Mrd. Euro) zu belegen. Gazprom beliefert die EU mit 40% des gesamten von der EU benötigten Gases. Aufgrund einer früheren kartellrechtlichen Untersuchung der EU wurde Gazprom gezwungen, auf Verträge zu verzichten, die den Weiterverkauf des russischen Gases untersagten. [Damit betrieb die EU die Liberalisierung des Gasmarktes und macht das russische Gas zum Spekulationsobjekt](#). Die Folge davon sind nach Thomas Röper die

heutigen hohen Gaspreise, denn Gazprom liefert sein Gas weiterhin auf Basis langfristiger Verträge für derzeit maximal 300 Dollar pro 1'000 Kubikmeter nach Europa. Nun will die EU die Gazprom für Gaspreise von 1'000 Dollar pro 1'000 Kubikmeter verantwortlich machen, die die EU selbst provoziert hat. Röper stellt die Gründe für die Energiekrise in Europa noch mal zusammen.

[Thomas Röper](#), Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite [www.anti-spiegel.ru](http://www.anti-spiegel.ru), wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Aliaksandr Ganevich: **Belarus – Zur aktuellen Situation und Politik eines Landes, das Zielscheibe einer offen feindseligen Haltung geworden ist**

Im Unterschied zu der Darstellung in den westlichen Medien vermittelt Aliaksandr Ganevich, 'Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Republik Belarus' in der Schweiz, eine andere Sicht zur Situation und Politik seines Landes, wie sie sich im Oktober 2021 darstellt. Demnach seien die unerlaubten Massenproteste alles andere als friedlich und waren vom Westen finanziert. Sie seien auf einen Putschversuch vor Verkündigung des Ergebnisses der Präsidentschaftswahlen hinausgelaufen. Die Regierung des Landes sei überzeugt, dass die Reaktion seitens der Sicherheitsbehörden im Westen in einer solchen Situation ähnlich hart und entschlossen gewesen wäre, um das Leben und die Gesundheit der Bürger nicht zu gefährden.

Nach den Wahlen sei das Land zum normalen und wirtschaftlich dynamischen Leben zurückgekehrt. Bei der 'Allbelarussischen Volksversammlung' seien Veränderungen im sozialen und politischen Leben beschlossen worden. [Es soll eine neue Verfassung geben](#), zu der eine Volksabstimmung durchgeführt und die Auswirkungen auf die Gesetzgebung haben werde. In der neuen Verfassung sollen vor allem die Rolle des Präsidenten, der Regierung, des Parlaments sowie der regionalen und lokalen Behörden neu gefasst werden. Der Verfassungsentwurf werde in Kürze zur öffentlichen Diskussion vorgelegt. Auf der 'Allbelarussischen Volksversammlung' sei auch die Stärkung verschiedener Aspekte des Wohlfahrtsstaates diskutiert worden. Dort habe der Präsident auch neue Investitionsprojekte für die Wirtschaft und zur regionalen Entwicklung angekündigt. Die Regierung sei entschlossen, den aktuellen Bedürfnissen und Herausforderungen der Gesellschaft gerecht zu werden, und sich gegen den massiven äußeren Druck auf das Land zu widersetzen. Die einseitigen Sanktionen der EU seien völkerrechtlich nicht legitimiert.

[Aliaksandr Ganevich](#), Jg. 1963, in Russland und Deutschland ausgebildeter Diplomat. Seit 2020 'Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Republik Belarus' in der 'Schweizerischen Eidgenossenschaft' in Bern. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- SozialdemokratInnen gegen Kampfdrohnen: **Keine Anschaffung von Kampfdrohnen!**

SPD-Parteimitglieder können einen "Offenen Brief an die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion" unterschreiben, der sich [für eine Ablehnung der Anschaffung von Kampfdrohnen](#) wendet. Das Anliegen des Briefes erwächst aus der Erkenntnis, dass "die gegenseitige Hochrüstung die Bemühungen um ein menschenwürdiges, solidarisches Zusammenleben auf diesem Planeten [gefährdet und behindert]: Der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, der Kampf gegen den Hunger und für die Rechte aller Menschen basieren auf internationaler Kooperation. Die Milliarden, die der Rüstungssektor verschlingt, fehlen für die Realisierung dieser Ziele. Diese Fehlentwicklung ist in den letzten Jahren durch die Verbreitung von Kampfdrohnen in besonders zynischer und menschenverachtender Weise forciert worden."

Christian Fischer gibt uns einen umfassenden und kritischen Blick auf [die außenpolitischen Positionen der neuen Regierung](#). Er verweist auf die aggressiven Absichten des [Koalitionsvertrages](#) in Richtung Osteuropa und auch auf die Absichten im Rahmen der Europäischen Union: erklärtes Ziel ist ein föderaler EU-Bundesstaat, d.h. eine weitere Auflösung der nationalen Souveränität.

In diesem Zusammenhang sei an das von Dieter Deiseroth herausgearbeitete [Friedensgebot des Grundgesetzes](#) und der UN-Charta erinnert.

*Christian Fischer, Jg. 1951, promovierter Ingenieur, zahlreiche Fachpublikationen in Bauphysik; politisch und journalistisch tätig mit Publikationen in den Zeitschriften 'Zeit-Fragen', 'Zeitgeist.online'; Redaktionsmitglied beim 'Bürgerbrief für Frieden und Demokratie'. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

#### ● Noam Chomsky: **Der US-amerikanische Imperialismus wird sich kaum ändern**

Das US-amerikanische 'Jacobin Magazine' hat Noam Chomsky interviewt. Die Internet-Seite Infosperber stellt uns das Interview in zwei Teilen auf Deutsch zur Verfügung.

Chomsky geht davon aus, dass der US-Abzug aus Afghanistan wenig Auswirkungen auf die imperiale Politik der USA haben wird, die davon geprägt ist, [das zu tun, was man bei Anderen Terrorismus nennt](#). Ein Einmarsch in Afghanistan wäre nicht nötig gewesen, da die Taliban 2001 bereit waren, sich zu ergeben, wenn ihre führenden Köpfe in Würde leben dürfen. Das wurde von der US-Regierung abgelehnt, die aber gleichzeitig Kriegsverbrecher in den USA unbehelligt leben ließ. Chomsky fordert die US-Regierung auf, die Sanktionen gegen Afghanistan einzustellen, dem Land zu helfen, auch afghanische Flüchtlinge in die USA aufzunehmen sowie die Finanzierung von Hilfe und Aufbau des Landes durch den IWF und die Weltbank freizugeben. Prinzipiell verurteilt Chomsky die von den USA verhängten einseitigen Sanktionen, bei denen sie auch Dritte zwingen mitzumachen. Zur Begründung solcher Sanktionen, wie z.B. gegen Kuba, werde mit zweierlei Maß gemessen: Es werden dem Gegner Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen, die man selber vornehme wie in Guantanamo Bay. Wenn die USA intervenieren wollen, dann sollen sie es durch humanitäre Programme tun, die nicht am Profit von Unternehmen orientiert sind. Dazu würde auch gehören, die "Patente von den exorbitanten geistigen Eigentumsrechten" außer Kraft zu setzen. Chomsky verurteilt die Medien bei ihrem Umgang mit US-Kriegsverbrechern wie z.B. Henry Kissinger, der z.B. in Kambodscha, Ostbengalen und Chile unendliches Unheil angerichtet habe.

Er erinnert daran, [dass die ewigen Kriege nicht 2001, sondern 1783 begonnen haben](#), als die US-Siedler begannen, die Indianer Nordamerikas auszurotten, was als defensiv hingestellt wurde. "Die Vereinigten Staaten waren seit ihrer Gründung praktisch jedes Jahr im Krieg." Aber nach den Kosten der Opfer werde nie gefragt, nur nach den Kosten der USA. Dank der Aktivisten vor Ort seien die Kriege der USA allerdings weniger grausam geworden. Auch die Antikriegsbewegung, auch wenn sie heute nicht mehr so effektiv sei, habe ihren Einfluss, wie die gegen den Irak geplanten, aber nicht eingesetzten Atomwaffen zeigten. Auch heute könne die Bewegung den Wettlauf in die atomare Katastrophe stoppen.

*Noam Chomsky, Jg. 1928, studierte Sprachwissenschaft, Mathematik, Philosophie und Linguistik. Hatte schon als 13-Jähriger Kontakt zur Arbeiterbewegung und den Ideen des libertären Sozialismus. Heute gesellschaftskritischer [Autor mit hohen Auszeichnungen](#). (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

#### ● Friedensbewegung: **20 Jahre NATO-Krieg in Afghanistan – eine vorläufige Bilanz**

Die Friedensbewegung zog auf der Konferenz "20 Jahre NATO-Krieg in Afghanistan – eine vorläufige Bilanz" mit knapp 200 Teilnehmern am 31.10.2021 Resümee: "Kriege – wie auch der in Afghanistan - werden um geostrategische, handelspolitische Interessen, um Ressourcen und

politischen Einfluss geführt. [Alle Auslandseinsätze der Bundeswehr sind deshalb umgehend zu beenden](#). Stattdessen ist ein Paradigmenwechsel zu einer zivilen Sicherheits- und Friedenspolitik notwendig." Militärinterventionen dürfen kein Mittel deutscher Außenpolitik sein. Sie verletzen das Völkerrecht, sind inhuman, menschenverachtend und lösen kein politisches Problem. Die Rüstungsausgaben sollen reduziert und die so freiwerdenden Mittel für menschliche Sicherheit, den Schutz vor Klimakatastrophen, sowie gegen Mangelernährung, Vertreibung und sozialer Verelendung verwendet werden. Es sei eine Afghanistankonferenz unter der Verantwortung des UN-Generalsekretärs sowie unter Beteiligung Afghanistans und seiner Nachbarn zum Thema regionale Kooperation und gemeinsame Sicherheit einzuberufen.

[Inhalt ↑](#)

- **Pôle de Renaissance Communiste en France: Lasst uns endgültig aus der NATO austreten!**

Zum 65. Jahrestag der Entscheidung von General de Gaulle, die US-amerikanischen NATO-Truppen aus Frankreich auszuweisen, wurde in Frankreich ein Aufruf gestartet, in dem der definitive Austritt Frankreichs aus der NATO und der EU sowie die [volle Souveränität Frankreichs gegenüber der atlantischen und supranationalen EU gefordert](#) wird. Es gehe jetzt darum, "den Weg der nationalen Unabhängigkeit, der Produktion in Frankreich, des sozialen Fortschritts, der Demokratie, der laizistischen und unteilbaren Republik, des Stolzes auf die französische Sprache, des ständigen Strebens nach Frieden und freier Zusammenarbeit zwischen allen Völkern der Erde wiederzuentdecken". Die Erstunterzeichner des Aufrufs sind namhafte französische Intellektuelle und Aktivisten, darunter die führenden Vertreter des 'Pôle de Renaissance Communiste en France' (PRCF, Ausgangspunkt der kommunistischen Wiedergeburt in Frankreich). Die NRhZ dokumentiert den Aufruf.

[Inhalt ↑](#)

- **EURACTIV Network: Polnisches Gericht stellt Vorrang der EU-Verträge in Frage**

In einem bahnbrechenden Urteil hat das polnische Verfassungsgericht den [Vorrang der Verfassung des Landes vor den EU-Verträgen erklärt](#). Nach Ansicht mancher könnte diese Entscheidung den Beginn des "Countdowns zum Poxit" markieren. In seinem Urteil erklärte das oberste Warschauer Gericht, dass mehrere Artikel des Vertrags als verfassungswidrig angesehen werden und dass mehrere Urteile des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) gegen polnisches Recht verstoßen. Der Vorrang des EU-Rechts gilt in Polen nicht mehr uneingeschränkt und ist streng auf die der EU übertragenen Zuständigkeiten beschränkt. Gleichzeitig stellte das polnische Gericht den Grundsatz der loyalen und aufrichtigen Zusammenarbeit in Frage. Es erwog eine Struktur, in der das gesamte EU-Rechtssystem, die Entscheidungen, Richtlinien und Verordnungen der verfassungsrechtlichen Kontrolle durch das polnische Verfassungsgericht unterworfen werden könnten.

Polen fordert zudem eine Überprüfung des deutschen Systems zur Nominierung von Richtern am Bundesgerichtshof durch den EuGH. Nach Vorstellung von Justizminister Zbigniew Ziobro sollte gegen Deutschland ein Verfahren angestrengt werden, weil [die Politisierung der Richternominierung gegen EU-Verträge verstoße](#). Ziobro sagte, wenn der EuGH versichere, dass die Beteiligung von Politikern an der Auswahlprozedur für Richter in Polen die Unabhängigkeit dieser Richter infrage stelle, dann stelle Polen nun die Frage, welchen Einfluss so eine Beteiligung auf die Unabhängigkeit künftiger Richter am Bundesgerichtshof in Deutschland habe.

Thomas Röper erinnerte uns 2020 an eine Studie vom 'European Center for Law and Justice', die zeigt, dass mindestens 22 der 100 ständigen Richter, die zwischen 2009 und 2019 am EuGH gedient haben, ehemalige Vertreter oder Mitarbeiter von sieben NGOs sind. Seit 2009 gab es mindestens 185 Fälle, bei denen mindestens eine dieser sieben NGOs offiziell in Verfahren involviert waren. In 88 Fällen entschieden Richter über Fälle, in die die NGO, mit der sie

verbunden waren, beteiligt war. Im gleichen Zeitraum gab es nur 12 Fälle, in denen sich ein Richter wegen dieser Interessenskollision aus einem Fall zurückzog. [Laut der Studie stellt diese Situation die Unabhängigkeit des Gerichtshofs und die Unparteilichkeit der Richter in Frage](#) und verstößt gegen die EuGH-Vorschriften.

[EURACTIV](#) (früher EurActiv) ist ein 1999 von Christophe Leclercq gegründetes, mehrsprachiges Internet-Nachrichtenportal zu Themen mit Bezug zur EU. Programmatischer Schwerpunkt der Berichterstattung sind politische Debatten zwischen Regierungen, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft. (Red.)

[Thomas Röper](#), Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite [www.anti-spiegel.ru](http://www.anti-spiegel.ru), wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

#### ● **Volksinitiative “Gesunde Krankenhäuser für NRW – für ALLE!”**

Bereits in der November-Ausgabe haben wir von dem Problem der Krankenhausschließungen und -privatisierungen berichtet. In Nordrhein-Westfalen gibt es bis zur Landtagswahl im Mai des nächsten Jahres eine Initiative mit [Unterschriftensammlung gegen die Verschlechterung unserer Versorgung mit Krankenhäusern](#), der man sich anschließen kann.

[Inhalt](#) ↑

#### ● **Nachrufe auf Rolf Verleger**

Das ehemalige Mitglied im Zentralrat der Juden, Rolf Verleger, ist am 08.11.2021 nach schwerer Krankheit [im Alter von 70 Jahren gestorben](#).

In seinem Nachruf schreibt Arn Strohmeier: “Die Nachricht vom Tod Rolf Verlegers muss alle, die sich für einen gerechten Frieden im Nahen Osten einsetzen, tief betroffen machen. Mit ihm verlieren wir zudem einen wunderbaren und liebevollen Menschen, den persönlich gekannt zu haben eine große Bereicherung war. Im Januar dieses Jahres hat er mir noch einen langen Brief geschrieben, in dem er auch auf seine Krankheit einging. Der Brief endete mit den Worten: ‘Ich muss sehr teure Pillen schlucken, und die Ärzte sind guter Stimmung. Mal sehen, wie es weitergeht...’ Er hat den Kampf gegen seine Krankheit verloren, er ist nur 70 Jahre alt geworden. Wir haben mit ihm einen der besten und kenntnisreichsten Mitstreiter für ein Ende der Gewalt und der Unterdrückung in Israel/Palästina verloren. Der Verlust wiegt sehr schwer.“

Das Liebesgebot der jüdischen Religion war für Verleger die Kernaussage der Tora. [“Dieses Liebes-Gebot hat Rolf Verleger ganz wörtlich genommen, und es war sein Motiv, sich in die israelische Politik einzumischen und einer ihrer entschiedensten Kritiker zu werden.](#) [...] Angesichts der unsagbaren Verbrechen, die die Zionisten seit ihrer Einwanderung in Palästina an der indigenen Bevölkerung begangen haben, schrieb er: ‘Das Judentum, meine Heimat, ist in die Hände von Leuten gefallen, denen Volk und Nation höhere Werte sind als Gerechtigkeit und Nächstenliebe.’“ Die Politik Israels gegenüber den Palästinensern warf für Verleger die Frage nach der jüdischen Identität auf. Für ihn war völlig klar, dass Israels Gewaltpolitik gegen ein ganzes Volk und der "erstickende" zionistische Nationalismus nichts mit Judentum zu tun haben. Verleger warnte vor einem übersteigerten Nationalismus, denn dieser habe “schon andere Länder in den Abgrund geführt, und so könnte es auch Israel gehen“.

Wie aus den vielen Nachrufen deutlich wird, verlieren wir mit Rolf Verleger eine wichtige jüdische Stimme des Humanismus und des Engagements für den Frieden. Seine Einschätzungen sind von aktueller Bedeutung, wie zum Beispiel das [Interview, das er 2006 auf dem Höhepunkt des](#)

[Libanon-Krieges gab](#). Einen Eindruck all seiner Engagements geben auch die [Nachrufe seiner Freunde und Mitstreiter](#), von denen hier der von Udo Steinbach (BIP-Gründungsmitglied) zitiert wird:

“Was mir von Rolf Verleger bleiben wird:

- dass er eine Persönlichkeit war, die Moral, Denken und Handeln zur Deckung gebracht hat.
- dass er vergeben konnte. Seiner Familie war Furchtbares widerfahren. Vergeben heißt nicht: die Augen schließen und auch nicht ‘weiter so’. Vergeben heißt den Schatten der Tat und der Täter über und hinter sich spüren, zugleich aber der Zukunft eine Chance zu geben.
- dass er mutig war. Er hat die Autoritäten genötigt, die Legitimität ihrer Autorität durch rechtes Tun unter Beweis zu stellen.
- dass sein Leben auf Prinzipien beruhte, er aber kein Prinzipienreiter war. Ethos und die Umstände des Lebens galt es immer neu in’s Einvernehmen zu bringen.
- dass er ironisch sein konnte. Wer groß denkt und handelt, muss manches kleine Karo einfach abschütteln.

Von dem Mitbürger jüdischen Glaubens Rolf Verleger fällt auf mein Leben ein Licht, an dem ich mich als Mensch orientieren kann.

Ich danke Dir für Deine Initiative und verbleibe  
mit herzlichen Grüßen Udo Steinbach.“

[Inhalt](#) ↑

#### • Anja Jardine, Kirsty Mackay: **Guten Tag, wie geht es Dir?**

In einer Kleinstadt in der englischen Grafschaft Somerset fand über Jahre ein wirtschaftlicher Niedergang statt. Manche Bauern mussten ihr gepachtetes Land an den Landlord zurückgeben, weil der mit touristischen Zwecken mehr Geld verdienen konnte, junge Leute wanderten in die Stadt ab, Industrieproduktion starb aus. Die Selbstmordrate unter den Einheimischen stieg an und wer überlebte, versank oft in Einsamkeit und Depression. Einige [wenige Initiativen des Nationalen Gesundheitsdienstes und von engagierten Mitbürgern genügten](#), um psychologische Hilfen so anzubieten, dass sie auch angenommen werden konnten. Es wurden Treffpunkte geschaffen und einfache Möglichkeiten das soziale Leben zu aktivieren, was alles zusammen dazu führte, dass die Menschen auch aus eigenem Antrieb ihre nachbarschaftlichen und sozialen Beziehungen wieder pflegten, medizinische Probleme zurückgingen und die Lebensfreude anstieg.

*[Anja Jardine](#), Jg. 1967, arbeitete nach Wirtschaftsstudium und Journalistenausbildung als Filmemacherin, dann als Redakteurin (Zeit-Magazin, ‘Spiegel reporter’) sowie als Autorin für das Wirtschaftsmagazin Brand eins. Seit 2005 bei der NZZ. (Red.)*

*[Kirsty Mackay](#) ist eine schottische Dokumentarfotografin und lebt in Bristol. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑